

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis ..... 17

Einführung ..... 21

Erster Teil: Rechtsgrundlagen und Anwendungspraxis  
des Vergleichsverfahrens der Europäischen Kommission ..... 27

I. Genese der Einführung ..... 28

II. Zweck der Regelung ..... 29

III. Rechtsnatur und Rechtswirkungen der Regelung ..... 30

IV. Anwendungsbereich ..... 31

V. Ablauf des Verfahrens ..... 32

    1. Beginn des Verfahrens ..... 33

    2. Vergleichsgespräche ..... 34

    3. Vergleichsausführungen ..... 37

        a) Inhalt der Vergleichsausführungen ..... 37

        b) Reichweite der Anerkenntnisse ..... 40

    4. Mitteilung der Beschwerdepunkte ..... 41

    5. Kommissionsentscheidung ..... 42

    6. Bindung an die Vergleichsausführungen ..... 43

VI. Vergleichsverfahren als „Vergleich“ im Sinne einer  
    einvernehmlichen Verfahrensbeendigung ..... 47

    1. Rechtsnatur eines Vergleichs im Vergleichsverfahren ..... 49

    2. Erkenntnisse aus der Diskussion zum Verfahren  
        nach Art. 9 VO 1/2003 ..... 50

    3. Zustandekommen der Vergleichsentscheidung ..... 55

    4. Gegenüberstellung mit der Kronzeugenregelung 1996 ..... 57

    5. Bedeutung von Verhandlungen für einen Vergleich ..... 59

    6. Ergebnis ..... 62

VII. Verhältnis zur Kronzeugenregelung ..... 64

    1. Erweiterung der Pflichten des Kronzeugen durch das  
        Vergleichsverfahren ..... 65

    2. Einschränkung des Zeitfensters für Kronzeugenanträge ..... 66

    3. Bedeutung der weitgehend unverknüpften Parallelität ..... 68

VIII. Praktische Anwendung ..... 69

1. DRAM-Verfahren .....	69
2. Tierfutterphosphate-Verfahren .....	71
3. Waschpulver-Verfahren .....	72
4. CRT-Glas-Verfahren .....	73
5. Zwischenergebnis .....	74
<b>Zweiter Teil: Effektivität des Vergleichsverfahrens .....</b>	<b>75</b>
<b>I. Maßstab der Effektivität einer Regelung .....</b>	<b>76</b>
1. Transparenz des Verfahrens .....	78
2. Hinreichend attraktive Vorteile für sich vergleichende Unternehmen .....	78
3. Rechtssicherheit .....	79
4. Vermeidung von Nachteilen .....	79
<b>II. Transparenz des Verfahrens .....</b>	<b>81</b>
1. Problem der Vorhersehbarkeit der Bußgelder .....	81
2. Verbot der Kommunikation zwischen den sich vergleichenden Unternehmen .....	82
3. Unklarheiten in Hybridfällen .....	84
4. Abbruch des Vergleichsverfahrens durch die Kommission bei fehlender Bestätigung .....	87
5. Intransparente Formulierungen .....	89
6. Ergebnis zur Untersuchung der Transparenz des Verfahrens .....	95
<b>III. Attraktivität des Verfahrens .....</b>	<b>96</b>
1. Bußgeldreduktion als Anreiz des Vergleichsverfahrens .....	96
a) Höhe der Bußgeldreduktion .....	97
aa) Erfahrungen mit Vergleichsverfahren in den Mitgliedstaaten der Union .....	99
bb) Erfahrungen mit Vergleichsverfahren in den Vereinigten Staaten .....	105
(1) Berechnung der Bußgeldreduktion im Vergleich .....	106
(2) Einfluss der Unterschiede in den Berechnungsmethoden .....	108
(3) Vergleich der gewährten Reduktionen .....	109
cc) Ähnliche Erfahrungen der Europäischen Kommission .....	110
dd) Ergebnis .....	114
b) Fehlender Anreiz für Unternehmen mit vollständigem Bußgelderlass .....	115
2. Limitierung des Abschreckungsfaktors als Anreiz .....	117
a) Anwendungsbereich .....	118
b) Anreizwirkung der Begrenzung des Abschreckungsfaktors .....	121
3. Weitere Vorteile des Vergleichsverfahrens .....	123

a) Besserer Schutz vor privaten Schadensersatzprozessen? .....	123
aa) Begrenzung der verfügbaren Informationen .....	124
bb) Verhältnis zur Transparenzverordnung .....	126
b) Mittelbare Vorteile für sich vergleichende Unternehmen .....	129
c) Auswirkungen auf am Kartell beteiligte natürliche Personen .....	130
aa) Zurechnungssubjekte und Arten der Sanktionen im Kartellverfahren .....	131
bb) Bedeutung der Gestaltung des europäischen Kartellrechts für das Vergleichsverfahren .....	132
4. Vorteile bei substantiellen Verhandlungen .....	133
a) Verhandlungsspielraum im Rahmen von substantiellen Verhandlungen .....	134
b) Möglichkeit der Einführung substantieller Verhandlungen .....	136
c) Entwicklung der Anwendungspraxis .....	137
d) Zwischenfazit .....	140
5. Ergebnis der Untersuchung der Attraktivität des Verfahrens .....	141
IV. Rechtssicherheit des Verfahrens .....	143
1. Ermessen der Kommission bezüglich der Durchführung des Vergleichsverfahrens .....	143
a) Darstellung des Ermessens über die Durchführung des Vergleichsverfahrens .....	144
b) Bewertung des Ermessens im Vergleichsverfahren .....	146
2. Entscheidung zum Vergleichsverfahren wird getroffen von Kommissionskollegium .....	149
3. Erwähnung der „Belohnung“ nur in den Leitlinien .....	153
4. Ergebnis der Untersuchung der Rechtssicherheit des Verfahrens .....	154
V. Nachteile des Verfahrens .....	155
1. Verschlechterungen der Position im Verwaltungsverfahren nach einem abgebrochenen Vergleichsverfahren .....	155
a) Problemaufriss .....	156
b) Gefahr neuer, auf den Vergleichsgesprächen basierender Ermittlungen .....	159
c) Schutz durch Beweisverwertungsverbote .....	160
aa) Beweisverwertungsverbot aus Art. 28 VO 1/2003 .....	160
bb) Ungeschriebene Beweisverwertungsverbote .....	162
d) Ergebnis .....	163
2. Auswirkungen eines Vergleichsverfahrens auf die Anfechtbarkeit der Kommissionsentscheidung .....	164
a) Zulässigkeit einer Nichtigkeitsklage gegen eine Vergleichsentscheidung .....	165

aa) Rechtsprechung der europäischen Gerichte .....	165
bb) Bewirkung eines Rechtsmittelverzichts durch das Vergleichsverfahren .....	168
cc) Verstoß einer Nichtigkeitsklage gegen das Verbot des „Venire contra factum proprium“ .....	169
dd) Zwischenergebnis zur Zulässigkeit einer Nichtigkeitsklage ...	170
b) Wirkung der Vergleichsausführungen für die Begründetheit einer Nichtigkeitsklage .....	171
aa) Aussagen der Stora-Entscheidung zur Begründetheit einer Nichtigkeitsklage .....	172
bb) Graphitelektroden-Entscheidung des EuG .....	176
(1) Aussagen der Graphitelektroden-Entscheidung .....	178
(2) Kritik an der Graphitelektroden-Entscheidung .....	180
(3) Skizze der korrekten Beweiswürdigung .....	182
(4) Bedeutung der Rechtsprechung des EuG für das Vergleichsverfahren .....	185
(5) Ergebnis .....	186
cc) Offene Fragen nach der Graphitelektroden-Entscheidung ....	186
(1) Klagegrund bei Nachschieben von Argumenten .....	187
(2) Bewertung eines Anerkenntnisses rechtlicher Wertungen	188
c) Rolle der Vergleichsausführungen im Falle eines Abbruchs des Vergleichsverfahrens .....	190
d) Ergebnis .....	192
3. Auswirkungen von privaten Schadensersatzprozessen auf das Vergleichsverfahren .....	193
a) Gesteigertes Risiko von Schadensersatzprozessen .....	194
b) Verwendung von Verfahrensmaterial in privaten Schadensersatzprozessen .....	195
aa) Gefahr der Discovery für europäische Kartellbeteiligte .....	198
(1) Anwendung in Prozessen in den Vereinigten Staaten .....	199
(2) Anwendung in Prozessen vor europäischen Gerichten ....	202
(3) Reichweite der Discovery .....	208
bb) Gegenmaßnahmen der Kommission .....	208
cc) Ausblick auf die geplante Stärkung der Kartellrechtsdurchsetzung .....	210
dd) Ergebnis .....	212
c) Frühere Angreifbarkeit in Folgeprozessen .....	213
aa) Mögliche Konstellationen mit einer früheren Angreifbarkeit	214
bb) Haftung der Kartellmitglieder in den Schadensersatzprozessen als Gesamtschuldner .....	215

cc) Probleme bei früherer Angreifbarkeit .....	216
dd) Ergebnis .....	218
4. Ergebnis der Untersuchung der Nachteile des Verfahrens .....	218
VI. Ergebnis der Untersuchung des Vergleichsverfahrens anhand von Effektivitätskriterien .....	220
Dritter Teil: Rechtsstaatlichkeit des Vergleichsverfahrens .....	223
I. Maßstab der rechtsstaatlichen Grundsätze im Verfahren .....	223
1. Charakter des Kartellverfahrens .....	223
2. Rechtsquellen von Verfahrensrechten .....	224
II. Zulässigkeit der Einführung eines Vergleichsverfahrens .....	226
1. Kompetenz der Kommission zur Regelung des Vergleichsverfahrens .....	226
2. Zulässigkeit einer Herabsetzung des Bußgeldes .....	228
III. Wahrung der Verteidigungsrechte .....	230
1. Vereinbarkeit mit dem Nemo-Tenetur-Grundsatz .....	231
a) Geltung des Nemo-Tenetur-Grundsatzes im Kartellverfahren ..	232
aa) Die Orkem-Rechtsprechung .....	233
bb) Kritik an dieser Rechtsprechung .....	235
b) Reichweite des Aussageverweigerungsrechts .....	237
c) Bedeutung eines Aussageverweigerungsrechts im Vergleichsverfahren .....	238
d) Verbot der Ausübung eines faktischen Zwangs .....	238
aa) Diskussion hinsichtlich der Kronzeugenregelung .....	238
bb) Übertragung der Ansätze auf das Vergleichsverfahren .....	241
cc) Faktischer Zwang durch arbeits- oder gesellschaftsrechtliche Pflichten .....	245
e) Ergebnis .....	247
2. Anspruch auf rechtliches Gehör .....	247
3. Recht auf Akteneinsicht .....	250
a) Umfang des Akteneinsichtsrechts im normalen Verfahren .....	252
b) Akteneinsicht im Vergleichsverfahren .....	253
c) Bewertung der Akteneinsicht im Vergleichsverfahren .....	254
IV. Vereinbarkeit der Regelung mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz ....	257
1. Anwendungsbereich des Gleichbehandlungsgrundsatzes .....	258
2. Inhalt des Gleichbehandlungsgrundsatzes im Wettbewerbsrecht ...	259
3. Bindung der Kommission durch die Durchführung eines Vergleichsverfahrens .....	260
4. Vereinbarkeit der einheitlichen Reduktion von 10 % mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz .....	263

a)	Ausprägung des Gleichbehandlungsgrundsatzes bei der Bewertung einer Zusammenarbeit .....	264
b)	Leitgedanken des Nintendo-Urteils .....	267
c)	Übertragung der Gedanken des Nintendo-Urteils auf das Vergleichsverfahren .....	269
aa)	Differenzierung zwischen einem „echten“ und „unechten“ Vergleichsverfahren .....	270
bb)	Differenzierung unter Beachtung der Rechtsprechung zur Kronzeugenregelung 1996 .....	271
cc)	Rechtfertigung der Ungleichbehandlung .....	273
d)	Ergebnis .....	275
5.	Verringerte Feststellbarkeit von Verletzungen des Gleichbehandlungsgrundsatzes? .....	275
6.	Ergebnis .....	276
V.	Grundsatz der Waffengleichheit .....	277
1.	Ausformung des Grundsatzes der Waffengleichheit in Rechtsprechung und Literatur .....	278
2.	Anwendung auf das Vergleichsverfahren .....	280
VI.	Anspruch auf ein Vergleichsverfahren bei überlanger Verfahrensdauer .....	284
1.	Rechtsgrundlagen .....	284
2.	Inhalt des Rechts auf ein angemessen langes Verfahren .....	286
3.	Anspruch auf die Durchführung eines Vergleichsverfahrens auf der Grundlage des Rechts auf ein angemessen langes Verfahren .....	287
a)	Möglichkeit der „Heilung“ eines unangemessen langen Verfahrens .....	289
b)	Schlussfolgerungen bezüglich des Inaussichtstellen eines Vergleichsverfahrens .....	290
4.	Ergebnis .....	292
VII.	Verletzung der Rechte Dritter .....	292
1.	Einzelne Rechte Dritter im Kartellverfahren vor der Kommission .....	293
a)	Beschwerdeverfahren und Anhörung .....	293
b)	Akteneinsicht und Dokumentenzugang .....	294
2.	Einfluss des Vergleichsverfahrens auf die Rechte Dritter .....	300
3.	Bewertung des Einflusses .....	301
VIII.	Entformalisierung des Verfahrens .....	304
1.	Das deutsche Vergleichsverfahren als Beispiel eines entformalisierten Verfahrens .....	305
a)	Ablauf des Verfahrens .....	305

b) Entformalisierung des Verfahrens? .....	306
c) Bewertung der Entformalisierung .....	308
2. Bestimmtheitsgrundsatz als Maßstab für das Vergleichsverfahren der Kommission .....	309
3. Entformalisierung des Vergleichsverfahrens der Kommission? .....	310
IX. Missbrauchsgefahr des Vergleichsverfahrens .....	311
X. Ergebnis der Untersuchung des Verfahrens anhand rechtsstaatlicher Grundsätze .....	315
 Vierter Teil: Verbesserungen des Vergleichsverfahrens und deren Vereinbarkeit mit Rechtsstaatsprinzipien .....	319
I. Nutzung des Verfahrens nach Art. 9 VO 1/2003 als alternative, zweiseitige Streitbeilegung .....	319
1. Skizze des Verfahrens nach Art. 9 VO 1/2003 .....	320
2. Vorteile des Verfahrens nach Art. 9 VO 1/2003 .....	322
3. Anwendungsmöglichkeiten in Kartellverfahren .....	323
a) Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen mit Bußgeldverhängung .....	323
b) Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen ohne Bußgeldverhängung .....	324
aa) Kein Ausschluss durch Erwägungsgrund 13 der VO 1/2003 .....	324
bb) Argumente für die Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen .....	326
cc) Argumente gegen die Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen .....	330
dd) Abwägung der Argumente .....	333
ee) Zwischenergebnis zur Zulässigkeit von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen .....	337
c) Der Anwendungsbereich von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen .....	337
aa) Praktische Erfahrungen mit Verpflichtungszusagen unter der VO 17/62 .....	337
bb) Praktische Erfahrungen aus normalen Verfahren .....	339
cc) Prognose für den Anwendungsbereich von Verpflichtungszusagen in Kartellfällen .....	341
4. Ergebnis .....	343
II. Beseitigung der Unklarheiten des Vergleichsverfahrens .....	344
III. Verbesserung des Schutzes im Falle des Abbruchs des Vergleichsverfahrens .....	346
IV. Einführung von substantiellen Verhandlungen .....	347

1. Möglicher Umfang von Verhandlungen im Vergleichsverfahren ....	349
2. Tatsachengrundlage der Kommissionsentscheidung als Gegenstand von Verhandlungen .....	353
V. Schaffung einer Bandbreite für die Bußgeldreduktion .....	358
VI. Verkürztes Verfahren für sich vergleichende Unternehmen in Hybridfällen .....	359
VII. Einschränkung des Ermessens nach Abschluss der Vergleichsgespräche .....	361
VIII. Verkürzte Entscheidungen für sich vergleichende Unternehmen .....	363
IX. Abstimmung mit der geplanten Stärkung der privaten Kartellrechtsdurchsetzung .....	366
1. Modell einer Verknüpfung der privaten mit der behördlichen Durchsetzung .....	367
a) Vergleiche in privaten Schadensersatzprozessen gegen Kartellbeteiligte .....	367
b) Parker-Settlement als Vorbild in der Gestaltung .....	370
2. Umsetzung dieser Verknüpfung im Kartellverfahrensrecht .....	372
X. Verbindung des Vergleichsverfahrens mit der Kronzeugenregelung ...	373
 Fünfter Teil: Zusammenfassung in Thesen .....	 375
 Anhang .....	 381
 Literaturverzeichnis .....	 409